

Zur Kollaboration der Niederländer mit der deutschen Besatzungsmacht 1940-1945

Gerhard Hirschfeld

Bei der folgenden thesenartigen Betrachtung der Kollaboration in den besetzten Niederlanden werden wir uns mit vier Bereichen beschäftigen, die m.E. grundsätzliche Erkenntnisse und Aussagen über die Kollaboration in den besetzten Gebieten West- und Nordeuropas ermöglichen:

1. Die Kollaboration von Parteien, Gewerkschaften und Presse;
2. die administrative Kollaboration, einschließlich des Verhaltens der Polizei;
3. die ökonomische Kollaboration (Privatwirtschaft und staatliche Wirtschaftsverwaltung);
4. die faschistische Kollaboration (die *Nationaal Socialistische Beweging* Anton Musserts).

Zunächst folgen jedoch einige allgemeine Bemerkungen zu dieser Thematik und vor allem zu den Kategorien meiner sehr allgemein gehaltenen Definition der Kollaboration als einer 'Zusammenarbeit zwischen Siegern und Besiegten'. Darüberhinaus erscheint es notwendig, etwas zur Abgrenzung zwischen Kollaboration und der 'politischen Akkomodation' in den Niederlanden zu sagen.

Stanley Hoffmann's pointierte Feststellung über die französische Kollaboration während des Zweiten Weltkriegs: 'there seemed to have been almost as many collaborationisms as there were proponents or practitioners of collaboration' trifft ebenso auch auf die Verhältnisse in anderen besetzten Ländern zu. Es erscheint deshalb sinnvoll, sich auf spezifische Formen und Motive der Zusammenarbeit zu konzentrieren und dabei die Funktionalität bestimmter Verhaltensweisen, d.h. ihre Auswirkungen auf das politische und soziale System, zu berücksichtigen. An der Verwendung des gewissermaßen 'neutralen' Wortes Zusammenarbeit, gleichsam als eines Synonyms für den mit ideologischen und moralischen Wertungen überladenen Begriff Kollaboration, wird deutlich, daß ich hierunter keineswegs nur extreme Verhaltens- und Reaktionsweisen subsumiert sehen möchte. Ebenso notwendig erscheint es mir, auch das tägliche Arrangement der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, die 'unfreiwillige Anpassung/unwilling adjustment' (de Jong) im Blick zu behalten.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte soll unter Kollaboration im folgenden jede Form der Annäherung oder des Arrangements in einem auf

militärischer Besetzung basierenden Herrschaftssystem verstanden werden. Die unterschiedlichen Qualitäten eines solchen Kollaborationsbegriffes ergeben sich dabei aus den verschiedenen Beziehungen zwischen Besatzern und Besetzten.

Und ein weiteres kommt hinzu: eine Geschichte der Kollaboration der Bevölkerung eines besetzten Landes ist immer zugleich auch eine Geschichte der Besatzungsmacht; die Beschäftigung mit der Kollaboration als solcher wäre sinnlos. Ebenso wie der Widerstand in all seinen Ausformungen nicht isoliert gesehen werden kann von den repressiven Bedingungen, unter denen er entsteht, so läßt sich auch die Kollaboration nicht trennen von den sozialen und politischen Bedingungen, die ihr Auftreten überhaupt erst ermöglichen.

Allerdings birgt ein derartiges *challenge-response* Schema die Gefahr in sich, ein gleichsam dichotomisches Raster zu produzieren, das den Widerstand von der Kollaboration trennt, etwa nach dem Muster: wer nicht kollaboriert, ist ein Widerständler; wer kollaboriert, kann selbstverständlich mit dem Widerstand nichts zu tun haben. Abgesehen davon, daß die Übergänge zwischen einzelnen Formen der Kollaboration und des Widerstandes durchaus fließend sind, übersieht eine solche Interpretation, daß der postulierte Gegensatz (Kollaboration Widerstand) zumindest für die erste Zeit der deutschen Besatzungsherrschaft eine unzulässige Alternative darstellt. Stattdessen herrschte unter dem Eindruck der deutschen militärischen Erfolge in den meisten europäischen Ländern die Überzeugung vor, daß es gelte, aus den militärischen Ereignissen nun auch die politischen Konsequenzen zu ziehen. Auf der Grundlage der geänderten Machtverhältnisse war eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bereit, sich mit den Siegern, im Interesse der Aufrechterhaltung von äußerer Ruhe und Ordnung, auf einen *modus vivendi* zu verständigen. Dieses offensichtliche Entgegenkommen (Akkommodation nach Kossmann) entbehrte dabei keineswegs einer gewissen politischen Ausrichtung.

In den besetzten Niederlanden waren es vor allem einige Vertreter des nicht parteigebundenen konservativen Bürgertums, die nun die Gelegenheit für gekommen erachteten, die ihrer Ansicht nach längst überfällige Revision des tradierten Staats- und Gesellschaftssystems herbeizuführen. Ihre stärkste Ausprägung erfuhr diese 'politische Akkommodation' dabei im Auftreten einer bürgerlich-nationalen Sammlungsbewegung, der Niederländischen Union. Gerade die Entstehung dieser Bewegung und ihre spezifische Struktur machen deutlich, daß Akkommodation keineswegs - wie behauptet wird - eine Variante oder Alternative zur Kollaboration darstellt. Vielmehr handelt es sich hier um einen für die erste Phase der Besatzungszeit durchaus charakteristischen Zustand, in dem sowohl wesentliche Elemente der nachfolgenden Kollaboration vorformuliert wurden, in dem aber auch bereits die Determinanten eines späteren (vornehmlich konservativen) Widerstandes angelegt waren. Auch bei einer Analyse der administrativen und ökonomischen Kollaboration lassen sich ausreichend Beweise für diese Ausnahme finden. Allerdings werden hier die Verhaltensweisen der Akkommodation schon sehr bald von

originären, den einzelnen Institutionen und Organisationen immanenten Motivationen zur Kollaboration überlagert. Zweifellos bleiben aber auch später noch Rudimente der 'politischen Akkomodation' der ersten Zeit virulent.

Für die Entwicklung der Niederländischen Union innerhalb weniger Wochen zur größten Massenbewegung in der Geschichte dieses Landes (rund 800 000 Mitglieder bei knapp 9 Million Einwohnern) sind eine Reihe von Gründen zu nennen: Die äußere und zugleich wesentliche Voraussetzung bildete die politische Absicht von Reichskommissar Seyss-Inquart, sich eine möglichst breite Basis in der Bevölkerung zu verschaffen, um sein (von Hitler abgeegnetes) Konzept einer 'Selbstnazifizierung' der Niederländer in die Tat umzusetzen. Die entgegenkommende Haltung des dreiköpfigen Führungsgremiums Jan Eduard de Quay, Louis Einthoven und Johannes Linthorst Homan in der Gründungsphase der Bewegung und noch darüber hinaus schien die Richtigkeit dieser Politik zu bestärken und sicherte im Gegenzug der Niederländischen Union zunächst eine von Eingriffen der Besatzungsbehörden relativ ungestörte Entwicklung.

Mit dieser eher formalen Voraussetzung korrespondierten die besonderen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in den Niederlanden. Angesichts des Ausfalls der parlamentarischen Parteien und des offensichtlichen Mangels an einer überzeugenden Orientierung sahen weite Kreise des konservativen Bürgertums nur in einer überparteilichen Einheitsbewegung eine Chance, die mit der militärischen Niederlage und der Besetzung des Landes voll aufgebrochene politische und 'moralische' Krise zu überwinden. Ihre seit Jahren geübte Kritik an den Funktionsmängeln der parlamentarischen Demokratie und der sozialen und politischen *Verzuiling* (!) in den Niederlanden schien durch die Ereignisse nach dem 10. Mai 1940 nur noch bestätigt. Hier wirkte die Niederländische Union quasi als Katalysator für seit langem aufgestauten Unbehagen und vielfältige politische Frustrationen. Der betont konservative Zuschnitt der Führungsmannschaft und ein offen propagierter radikaler Antikommunismus waren vielen Bürgern eine zusätzliche Empfehlung.

Darüber hinaus stellte die Union für viele Niederländer eine Möglichkeit dar, ihrem Wunsch nach nationaler Identität in massiver Weise Ausdruck zu verleihen, wobei dies nun mit Duldung der Besatzungsbehörden, und das hieß eben auch ohne Gefahr für die persönliche Sicherheit, geschehen konnte. Der von den Besatzungsbehörden mit Mißtrauen registrierte Nationalismus war dabei auch jener Bodensatz, auf dem sich die scharfe Ablehnung des niederländischen Faschismus in Gestalt der Mussert-Bewegung formieren konnte. Sozial-psychologisch gesehen fungierte der Haß gegenüber den einheimischen Faschisten nicht selten auch als Ersatz für den nicht mehr möglichen Abwehrkampf gegen den realen Machthaber, die deutsche Besatzungsmacht.

Ebenso wie die politischen Prämissen der Niederländischen Union erwiesen sich auch ihre ideologischen Grundlagen von einer charakteristischen Ambi-

valenz. Die Vorstellungen und Ideen über eine neue autoritärüberparteiliche Ordnung auf korporativer Basis als Konzeption für eine eigene Staatlichkeit der Niederlande nach dem Ende der Okkupation formten ebenso Elemente eines späteren konservativen Widerstandes, wie sie zunächst partiell offen erscheinen mußten für die Nazifizierungsabsichten des Reichskommissars.

Mit dem Verbot und der offiziellen Auflösung der Union im Dezember 1941 endete formal auch die 'politische Akkomodation' in den besetzten Niederlanden. In Wirklichkeit war sie bereits sehr viel früher zu Ende gegangen. Der politische Sog, den die militärischen Erfolge Deutschlands in den nord- und westeuropäischen Ländern auslösten, begann sich nach der fehlgeschlagenen Invasion Englands allmählich zu verflüchtigen. Die Praxis der deutschen Besatzungspolitik tat ein übriges. Statt eines von den Akkomodisten erwarteten einvernehmlichen Miteinanders dominierten Verordnungen und Forderungen, die eine zunehmende Abhängigkeit der Niederlande von Deutschland implizierten. Immer deutlicher wurde damit auch, daß innerhalb eines derart eng geknüpften Netzes kein Spielraum blieb für ein entsprechendes Verhalten, daß politische Anpassung Unterwerfung und Zusammenarbeit Indienstnahme durch die Besatzungsbehörden bedeutete.

Zweifellos besaß die politische Akkomodation in der ersten Phase der deutschen Besatzungsherrschaft nachhaltigen Einfluß auf weite Kreise der niederländischen Öffentlichkeit. Eine Reihe von Beamten, Unternehmern und Privatleuten hat nach Kriegsende bekannt, daß ihre Entscheidung zu einer Kollaboration mit den deutschen Behörden durch die Ereignisse während der Sommermonate 1940 in hohem Maße beeinflußt wurde. Hinzu trat allerdings eine Vielzahl von anderen Motivationen, die ich im folgenden näher beleuchten möchte. Dabei gehe ich davon aus, daß es Merkmale dieser Kollaboration gibt, die über den individuellen Fall hinausgehen und als Bestandteil eines (Real-) Typus kollaborierenden Verhaltens gelten können.

1. Die Kollaboration von Parteien, Gewerkschaften und Presse

Angesichts der Beschränkungen und Auflagen, die der Reichskommissar den nicht-nationalsozialistischen Parteien und Verbänden auferlegte, war ihnen die Möglichkeit zur Ausbildung einer effektiven Kollaboration kaum gegeben. Bereits im Herbst 1940 erging ein Versammlungsverbot für politische Parteien, Anfang Juli 1941 wurden die Parteien mit Ausnahme der faschistischen Gruppierungen und der Niederländischen Union endgültig verboten. Die Aktivitäten und Verlautbarungen der meisten Parteien bewegten sich zu diesem Zeitpunkt im Umkreis der 'politischen Akkomodation' oder in der Auseinandersetzung mit der 'Unie', in der man, zu Recht, ein existenzbedrohendes Phänomen sah. Ansätze zu einer Kooperation entwickelten sich vor allem in jenen Organisationen, die durch die Einsetzung eines sog. 'Stillhaltekommissars' gleichgeschaltet werden sollten: bei der sozialdemokratischen

Partei und bei den drei großen Gewerkschaften. Die verschiedenen Angebote und Vorschläge zu einer Zusammenarbeit zielten allesamt darauf ab, den personellen und organisatorischen Bestand der Institutionen zu sichern. Die Argumentation erinnert dabei fatal an die Haltung von Teilen der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die 1933 die Organisationen der Arbeiterbewegung ebenfalls mit dem Mythos der Unzerstörbarkeit umgaben und in letzter Konsequenz auch eine opportunistische Annäherung an den *status quo* nicht ausschlossen.

Eine Sonderform kollaborativen Verhaltens stellt die Politik der *kommunistischen Partei* der Niederlande dar, die im Zusammenhang mit dem Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts gesehen werden muß. Analog zur Strategie der Comintern und in Fortsetzung ihrer seit August 1939 vertretenen Position verzichtete die CPN zunächst (d.h. bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion) auf jeglichen Widerstand und plädierte für einen Status der friedlichen Koexistenz mit der nationalsozialistischen Besatzungsmacht.

Für die Kollaboration und die Anpassung der nichtnationalsozialistischen niederländischen *Presse* waren zumeist verlagswirtschaftliche und berufliche Motive ausschlaggebend. Allerdings verband sich dieses rationale Argument nicht selten mit einem gewissen politischen Opportunismus, der sich häufig in einer wohlwollenden und verständnisvollen Haltung gegenüber der deutschen Politik und einzelnen Maßnahmen der Bestzungsbehörden äußerte.

Ein militärischer Sieg und eine politische Herrschaft Deutschlands in Europa wurden als 'unvermeidlich' und sogar 'notwendig' angesehen, wobei aber keineswegs an eine Nazifizierung der Niederlande gedacht war. Zu erwähnen ist hier auch ein Teil der katholischen und der protestantisch-christlichen Presse: die katholische in ihrem Anschlußstreben an die 'Unie', die protestantische Presse in ihren zum Teil sehr unklaren Affinitätsbezeugungen gegenüber dem neuen Regime, das aus einem fragwürdigen theologischen Verständnis heraus als ein 'Werkzeug Gottes' angesehen wurde.

2. Die administrative Kollaboration

Der hohe wirtschaftliche und soziale Entwicklungsstand der Niederlande mit dem sich hieraus ergebenden Geflecht von Interdependenzen bedingte auch den Umfang der administrativen Dienstleistungen. Entsprechend komplex (und zugleich differenziert) waren die Beziehungen zwischen den Besatzungsbehörden und der niederländischen Verwaltung. Die in ihren Ämtern verbliebenen Generalsekretäre (beamtete Staatssekretäre) als Chefs der Ministerien gingen stets davon aus, daß sie eine Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung und ein Weiterbestehen der öffentlichen Dienstleistungen nur zum Preis einer einvernehmlichen Zusammenarbeit mit den Zentralbehörden des Reichskommissariats für möglich hielten. Außerdem schien die Ausübung

einer Kontrollfunktion im Personalbereich eine Möglichkeit zu sein, die einheimischen Nationalsozialisten von öffentlichen Ämtern fernzuhalten und so, zumindest eine Zeitlang, die Nazifizierungspolitik des Reichskommissars zu stornieren.

Über diesen Rahmen einer gewissermaßen für zulässig erachteten Kollaboration hinaus trafen einige der Generalsekretäre Anordnungen und Entscheidungen, die kaum noch durch die Notstandssituation gedeckt waren und die oftmals sogar ihre Kompetenzen eindeutig überschritten. Nach dem Wegfall einer politischen Kontrolle durch die verantwortlichen Minister sahen diese vordem nichtpolitischen Beamten eine Gelegenheit, etliche ihrer Vorstellungen und Planungen mit zum Teil eindeutig politischer Zielrichtung in die Praxis umzusetzen. Hierzu gehörte beispielsweise der Ausbau der staatlichen Arbeitsvermittlung und die von dem neu errichteten Reichsarbeitsamt seit 1941 betriebene Arbeitslosenpolitik. Mit der Einbeziehung der Arbeitsämter in das vom Reich betriebene Programm des Arbeitseinsatzes ausländischer Arbeiter in Deutschland zeigte sich sehr schnell, wer die eigentlichen Nutznießer des neuen Arbeitsmarktsystems waren.

Mit den höchsten Richtern des Landes (Hoge Raad) teilten die Generalsekretäre eine stark formalistische Betrachtungsweise, die sie, wie etwa im Fall der niederländischen 'Ariererklärungen' dazu verleitete, die politischen und allgemeinemenschlichen Implikationen ihrer Entscheidungen und Anordnungen außer Acht zu lassen. Ihr Streben, das 'Chaos unter allen Umständen zu verhindern' (eine immer wiederkehrende Formulierung) brachte sie sehr schnell in einen Gegensatz zur 'Illegalität', dem organisierten Widerstand, dessen Aktivitäten ihrer Ansicht nach zur zu einer weiteren Erosion des ohnehin belasteten innenpolitischen Ordnungsgefüges führen mußten. Ebenso wie ihre Vorgesetzten überschritten auch die 'kleinen' Beamten dabei die ihnen durch die (allerdings äußerst vage formulierten) Notstandsanweisungen der niederländischen Regierung von 1937 gezogenen Grenzen.

Das gleiche gilt auch für die niederländische Polizei, die sich noch sehr viel direkter als die allgemeine Verwaltung und die Justiz vor die Frage gestellt sah, wo die Trennungslinie zwischen einer zulässigen Kooperation im Rahmen ihrer Dienstobliegenheiten und der aktiven Unterstützung nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen verlief. Es waren vor allem drei Bereiche, in denen sich die Polizeibeamten zur 'Amtshilfe' aufgefordert sahen: Bei der Fahndung und Ermittlung gesuchter Personen (auch abgesprungene alliierte Flieger), bei der Bekämpfung des organisierten Widerstandes und bei den Juden-deportationen. Die von einer Mehrheit der Polizeibeamten getroffene Entscheidung, sich einer Mitwirkung an diesen Aktionen *nicht* zu entziehen, entsprang dabei weniger einer ideologischen Affinität, als daß sie das Ergebnis eines angepaßten autoritären Sozialverhaltens und berufsspezifischer Dispositionen (Disziplin, hierarchische Unterordnung) war, wozu noch in einigen Fällen opportunistische Erwägungen hinzutraten.

3. Die ökonomische Kollaboration

Als ein Ergebnis der deutsch-niederländischen 'Wirtschaftsbeziehungen' während des Zweiten Weltkriegs kann festgehalten werden, daß die niederländische Industrie in dieser Zeit zu etwa einem Drittel und seit 1944 sogar über die Hälfte ausschließlich für deutsche Auftraggeber tätig war. Der Wert des gesamten nach Deutschland exportierten Warenvolumens belief sich dabei auf rund 8 1/2 Milliarden Gulden, davon knapp 2/3 militärische Güter. Entscheidend für diesen nicht unerheblichen Beitrag zur deutschen Kriegswirtschaft sind auf niederländischer Seite zwei Faktoren:

- a) die aufgrund objektiver Gegebenheiten (Wegfall der traditionellen Exportmärkte, akuter Rohstoffmangel) gleichsam zwangsläufige wirtschaftliche Abhängigkeit der niederländischen Wirtschaft von Deutschland und ein hieraus resultierender Anstieg des Handels zwischen beiden Ländern;
- b) die Bereitschaft der niederländischen Unternehmer und der staatlichen Wirtschaftsverwaltungen (Reichsbüros), die heimische Industrie und den Handel unter allen Umständen arbeits- und leistungsfähig zu erhalten.

Für eine Weiterführung der Produktion und eine intensive ökonomische Kollaboration sprachen dabei sowohl unternehmerische wie allgemein volkswirtschaftliche Gründe: das Interesse, die Betriebe rentabel zu erhalten, das investierte Kapital einschließlich seiner künftigen Ertragschancen vor einem eventuellen Zugriff der Besatzungsmacht zu sichern sowie eine Durchdringung der niederländischen Wirtschaft durch deutsche Großunternehmen (Kapitalverflechtung) zu verhindern. Eine Schließung von Fabriken hätte möglicherweise zu einer allgemeinen Demontage und zum Abtransport von Maschinen, Gütern und noch vorhandenen Rohstoffen geführt. Die nicht mehr beschäftigten Arbeiter mußten damit rechnen, zum Arbeitseinsatz nach Deutschland geschickt zu werden.

Eine hohe industrielle Produktion verschaffte dagegen vielen Beschäftigten neben einer relativen Sicherheit auch ein erträgliches Auskommen. Außerdem kamen Waren und Fertigprodukte, die nicht für den Export nach Deutschland bestimmt waren, der eigenen Bevölkerung zugute. Ideologische Motive zur wirtschaftlichen Kollaboration waren selten; die 'Neue Ordnung'-Diskussion beschränkte sich fast ausschließlich auf die Zirkel einiger nationalsozialistischer Unternehmer (NSB-Mitglieder oder ihr nahestehend). Stattdessen dominierten ökonomische Erwägungen, wobei das Streben nach vermehrtem Profit keineswegs nur eine Eigenschaft einiger *economic profiteers* war, die sich die besonderen Umstände des Besatzungssystems zunutze machen verstanden. Hierfür ist besonders die niederländische Bauindustrie charakteristisch,

die sich infolge ihrer Beteiligungen an Bauprojekten in Norddeutschland, bei der Errichtung von Luftwaffenstützpunkten in den Niederlanden sowie beim Ausbau des Atlantikwalls in Belgien und Nordfrankreich eines enormen Booms erfreute. Trotz der kontrollierenden Tätigkeit eines 'Beauftragten für die Bauindustrie' waren Unternehmergewinne in dieser Branche von 100 bis 200 % keine Seltenheit.

Die von einem Industriellen-Komitee im Verein mit dem verantwortlichen Generalsekretär betriebene Neuordnung der gewerblichen Wirtschaft verfolgte zwei Absichten: einmal entsprach man damit den deutschen Forderungen, die auf eine Totalrevision der niederländischen Wirtschaftsordnung abzielten, behielt jedoch auf diese Weise maßgeblichen Einfluß auf die Realisierung. Dadurch gelang es etwa, die auf eine Mitwirkung drängenden niederländischen Faschisten von einer Mitwirkung auszuschließen (mit Ausnahme einiger 'verantwortungsbewußter' Nationalsozialisten). Andererseits waren die 'Wirtschaftsreformer' gezwungen, einige nationalsozialistische Elemente ('Führerprinzip') in die Struktur der neuen Wirtschaftsverfassung zu inkorporieren. Dabei wurde erneut deutlich, daß auch die Mehrzahl der niederländischen Unternehmer bereit war, autoritäre Reformen zu akzeptieren, solange sie selbst nicht zu sehr mit den politischen Implikationen dieser Reformen identifiziert wurden.

4. Die faschistische Kollaboration

Ihr charakteristisches Merkmal ist es, daß es sich hierbei gleichsam um die einzige Form der politischen Kollaboration handelt, die während der deutschen Besetzung der Niederlande tatsächlich praktiziert wurde. In gewissem Sinn war sie damit der (illegitime) Nachfolger der 'politischen Akkomodation', zu deren Perspektiven ebenfalls eine langfristige politische Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht gehörte. Nach ihrem Scheitern und dem erzwungenen Ausfall jeder anderen politischen Kraft stand allein noch die Mussert-Bewegung als eine organisierte Kollaborationsbewegung bereit. Natürlich beschränkte sich die faschistische Kollaboration keineswegs nur auf die NSB, doch die personelle Basis und der Rückhalt der anderen faschistischen Organisationen in der Bevölkerung war noch geringer als der, über den die NSB gebot. Mit der Entscheidung des Reichskommissars, sich bei der avisierten Gleichschaltung vornehmlich oder ausschließlich auf die NSB und deren Mitglieder zu stützen, stand fest, daß allein der Mussert-Bewegung die Chance zu einer politischen Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht eingeräumt wurde.

Die Vorkriegsentwicklung der NSB hatte deutlich gemacht, daß eine demokratisch-legale Partizipation an der Regierungsgewalt (etwa über eine Koalition mit den konservativen Parteien) ausgeschlossen war. Allein außergewöhnliche Umstände, und hierzu zählte die Okkupation des Landes durch das national-

sozialistische Deutschland, schienen eine derartige Chance zu eröffnen. Die von der NSB und ihrem Führer Mussert seit dem Beginn der Besetzung gesuchte Kollaboration war jedoch nicht nur die erhoffte Gelegenheit zu der angestrebten politischen Selbstverwirklichung, sie stellte in ihren Augen auch die logische Weiterführung der vermeintlich guten Beziehungen zwischen zwei ideologisch verwandten Lagern aus der Vorkriegszeit dar.

Aus der Erwartung, daß eine nationalsozialistische Okkupation zwangsläufig auch die Machtübernahme des nationalen Faschismus bringen werde und der partiellen Identifikation mit den politischen Zielen der Besatzungsmacht, resultierte letztlich die Bereitschaft der NSB, sich als Instrument für die deutschen Interessen zur Verfügung zu stellen - Interessen, die nach ihrem Verständnis langfristig auch die eigenen sein würden. Verschärft wurde dieser Prozeß einer zunehmenden politischen Korruption durch die fortdauernden Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und die Herausbildung von zwei unabhängigen, in ihren Intentionen und vor allem ihrer Haltung gegenüber der Besatzungsmacht fundamental divergierenden Fraktionen. Die Weigerung von Seyss-Inquart, Mussert irgendwelche bindenden Zugeständnisse in der Machtfrage zu machen, führten zu einer weiteren Erosion in der Stellung des niederländischen Faschistenführers. Zugleich zeigte sich immer deutlicher, daß auch die Durchsetzung der landeseigenen Verwaltungen und der neu geschaffenen oder gleichgeschalteten Institutionen mit NSB-Mitgliedern nicht automatisch einen Machtzuwachs für die Führung der Partei bedeutete. Vielmehr entzogen sich die Inhaber der ihnen von der Besatzungsmacht eingeräumten Positionen einer direkten Kontrolle Musserts und der Partei und handelten gleichsam nur noch als Beauftragte des Reichskommissars oder des jeweiligen Generalkommissars. Musserts Hoffnungen, durch eine grundsätzliche Entscheidung Hitlers seinen hochgesteckten politischen und persönlichen Ambitionen näher zu kommen, erfüllten sich ebenso wenig wie seine subjektiv durchaus ernsthaften Bemühungen, sich quasi als der Garant einer niederländischen Unabhängigkeit und Staatlichkeit den annexionistischen Zielsetzungen der reichsdeutschen SS entgegenzustellen.

Die Zusammenarbeit der einheimischen Faschisten mit den nationalsozialistischen Invasoren gilt als der klassische Fall von Kollaboration während des Zweiten Weltkriegs. In keinem anderen Fall wird die Bandbreite kollaborierenden Verhaltens deutlicher, nirgendwo erweist sich zugleich eindrucksvoller, daß Chancen, aber auch Grenzen einer Kollaboration stets mit den Interessen der Besatzungsmacht gekoppelt sind.

Das Scheitern der Strategie von Reichskommissar Seyss-Inquart, die etablierten Parteien und Gewerkschaften sowie andere gesellschaftliche Gruppen und Verbände auf der Ebene einer 'induzierten Freiwilligkeit' gleichzuschalten, verringerte den ohnehin aufgrund seiner Konzeptionslosigkeit beschränkten Aktionsradius der deutschen Politik gegenüber den Niederlanden. Die Unfähigkeit der Zivilverwaltung, die nicht wenigen Offerten einer

politischen Kollaboration in eine tragfähige, beide Seiten zufriedenstellende Politik umzuformen, demonstriert nicht nur den von Vichy her bekannten Mangel an politischem Gestaltungswillen, sie weist darüber hinaus auch auf ein wesentliches Strukturmerkmal nationalsozialistischer Besatzungspraxis hin.

Zugleich vollzog sich mit wachsender Intensität die Auflösung des zunächst mit dem Anspruch einer rationalen und angeblich 'humanen' Herrschaft angetretenen Besatzungssystems. Kennzeichen dieser Entwicklung war der Zerfall in miteinander konkurrierende Partikulargewalten (Reichskommissar, Partei, SS), deren gemeinsame Handlungs- und Legitimationsbasis außer dem radikalen Willen zur Machtbehauptung die Ausübung eines zumeist irrationalen Terrors gegen tatsächliche und vermeintliche Gegner bildete. Dem zu Beginn der Besatzung propagierten rassenideologischen Element kam in dieser Phase allenfalls noch taktische Bedeutung zu. Es war gleichsam ein retardierendes Moment in der Entwicklung zu einem Gewaltsystem, wie es in den okkupierten osteuropäischen Ländern von Anfang an etabliert worden war. Als Grundlage für eine politische Kollaboration zwischen Niederländern und Deutschen hat es nie eine Bedeutung besessen.

Hinweis

Die vorstehenden Ausführungen basieren auf den Ergebnissen meiner Untersuchungen zur deutschen Besetzung der Niederlande, die 1984 in einer deutschen Fassung: *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung, 1940-1945* (Stuttgart 1984), sowie 1988 in einer englischen Ausgabe: *Nazi rule and Dutch collaboration. The Netherlands under German occupation, 1940-1945* (Oxford, New York en Hamburg 1988), erschienen sind. Die niederländische Übersetzung von 1991: *Bezetting en collaboratie. Nederlands tijdens de oorlogsjaren 1940-1945* (Haarlem 1991) folgt im wesentlichen der englischen Ausgabe, enthält jedoch bedauerlicherweise keine Hinweise auf die herangezogenen Quellen und die Literatur. Ich verweise deshalb, was die relevante Literatur bis 1988 betrifft, auf die englische Ausgabe meines Buches. Seither sind, vor allem in den Niederlanden selbst, eine Reihe wichtiger Monographien und Aufsätze zu einzelnen Aspekten der Kollaboration während der Jahre 1940 bis 1945 erschienen. Eine kritische Kommentierung oder auch nur Auflistung dieser Titel würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Gute Zusammenstellungen der einschlägigen Literatur bieten die von D. van Galen-Last regelmäßig verfaßten Literaturübersichten in dem vom Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie seit 1989 herausgegebenen Jahrbuch *Oorlogsdocumentatie '40-'45*.